

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt,
Natur und Digitalisierung | Postfach 71 51 | 24171 Kiel

Der Staatssekretär

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: V 31 - 3169/2019
Meine Nachricht vom: /

Nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

gesehen
und weitergeleitet
Kiel, den 03.05.2019



über das
Finanzministerium des
Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/2416

29. April 2019

Bemerkungen 2017 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2015; hier: Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 01.12.2017, Drucksache 19/364

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit Beschluss vom 13. Dezember 2017 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag in seiner 7. Tagung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2015 Entlastung erteilt mit der Maßgabe, die vom Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages in der Drucksache 19/364 angeregten Maßnahmen einzuleiten und dem Finanzausschuss über die eingeleiteten Maßnahmen zu berichten.

Für meinen Geschäftsbereich hat der Finanzausschuss Voten zu Tz. 12 (Betreuung der IT-Arbeitsplätze) und Tz. 13 (Sicherheitsmanagement in der Landesverwaltung) abgeben und um Berichte zu diesen Themen gebeten.

Die Antwort wurde im Finanzausschuss am 30.08.2018 (Umdruck 19/1216) behandelt. Beschlossen wurde, dass das Ministerium für Digitalisierung bis Ende des 1. Quartals 2019 erneut berichten soll. Diesem Auftrag komme ich hiermit nach und berichte wie folgt:

TZ 12: Wie soll die Betreuung der IT-Arbeitsplätze organisiert werden?

Unter der Federführung der Abteilung V 3 (Digitalisierung und Zentrales IT-Management der Landesregierung) wird das modular ausgelegte Servicekonzept „Full Managed Desktop für den Standard IT-Arbeitsplatz +1.büro“ erarbeitet (Kurzbezeichnung: „+1.FMD“). Im Bereich des Standard IT-Arbeitsplatzes wird damit die zurzeit bestehende dezentrale Verantwortung für „+1.büro“ in den Behörden sukzessive in Richtung „Support durch Dataport auf der Basis modularisierter Dienste (zentralen Ansatz)“ weiterentwickelt.

Sachstand aktuell

Um einen Support durch einen Dienstleister zu ermöglichen, ist die Erarbeitung so genannter Supportmodule erforderlich. In der Maßnahme +1.FMD ist ein initiales Betriebsmodul erarbeitet worden, welches sowohl die zu erbringenden Leistungen durch den Dienstleister definiert, als auch die bei der Behörde oder dem ZIT SH verbleibenden Aufgaben der Auftragssteuerung bzw. der Mitwirkungspflicht beschreibt.

Mit der angestrebten, pilothaften Umsetzung des Betriebsmoduls im Landesbetrieb für Küsten, Nationalpark und Meeresschutz des Landes Schleswig-Holstein (LKN SH) konnte aufgrund von Personalengpässen bei allen Beteiligten bisher nur teilweise begonnen werden.

Für den LKN wurde im Kontext +1.FMD folgendes vereinbart:

- Einführung des User Help Desk (UHD) (umgesetzt)
- Pilotierung des Moduls „Automatische Bereitstellung des Arbeitsplatzes (ABA)“ (z.Z. PräPilotierung im Zentralen IT-Management SH)
- Entwicklung des Moduls „Auftragssteuerung“ mit dem ZIT und anschließender Pilotierung im LKN (Workshops durchgeführt, Entwicklungsstand ca. 50%)
- Vorbereitung zur Einführung des Kontenpflegetools (in Arbeit)
- Erarbeitung eines Konzepts für einen bedarfsgerechten Fieldservice (in Arbeit)

Zudem wird das Modul +1.UHD in weiteren Landesbehörden eingeführt, sofern aus den Behörden entsprechender Bedarf geäußert wird. Dieses Jahr wurde der UHD außer im LKN auch im Landeslabor Schleswig-Holstein eingeführt bzw. bei der Polizei mit der flächendeckenden Einführung begonnen. Des Weiteren ist eine Einführung im MWVATT geplant.

Tz. 13: Gemeinsam zu mehr Informationssicherheit

Kernelement für die Zusammenarbeit zwischen dem Zentralen IT-Management der Landesregierung (ZIT SH) und den Ressorts ist das Gremium InSiMa SH (Integriertes Informationssicherheitsmanagement des Landes Schleswig-Holstein), an dessen Sitzungen nun auch die Datenschutzbeauftragten der Ressorts teilnehmen.

Die landesweite Einführung der neuen gemeinsamen Dokumentationsplattform für Informationssicherheit und Datenschutz (GRC-Suite der Fa. HiScout als Nachfolgesystem des bisherigen GS-Tools des BSI) erfolgt in intensiver Zusammenarbeit der Ressorts unter der Federführung des ZIT SH. Zur bedarfsgerechten Umsetzung in Schleswig-Holstein kann

zudem auf Projektressourcen der Firma Materna zurückgegriffen werden, die die entsprechende Ausschreibung gewonnen hatte. Ein vom ZIT SH erstellter Projektplan für die Einführung der GRC-Suite soll in enger Zusammenarbeit mit den Ressorts im Rahmen des InSiMa SH sukzessive umgesetzt werden. Der Start zu diesem Vorgehen ist für das 2. Quartal 2019 vorgesehen.

Im Projekt „Datenschutz und Informationssicherheit an Schulen (DaSCH)“ wird im Bereich schulübergreifendes Informationssicherheitsmanagement und schulübergreifendes Datenschutzmanagement weiterhin eng mit dem MBWK zusammengearbeitet. Im Rahmen des Projektes konnten folgende Ergebnisse erzielt werden.

- Ernennung eines zentralen Datenschutzbeauftragten am MBWK für alle allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein.
- Gründung eines Datenschutzkompetenzteams am MWBK zur Unterstützung des Datenschutzbeauftragten.
- Einheitliche Dokumentation der Schulverwaltungsprozesse und Erstellung von zentralen Dokumentationsvorlagen für die Einhaltung der Dokumentationsvorschriften an den Schulen gemäß DSGVO.
- Vorbereitung einer zentralen Informationsplattform für die Schulen zum Thema „Datenschutz“

Im MILI wird gemeinsam mit dem ZIT SH die Organisation des Informationssicherheitsmanagements des Ressorts und der Landespolizei neu ausgerichtet. Einen Schwerpunkt wird der Bereich „Regelwerk und Prozesse“ sein, welcher als Grundlage für die Zusammenarbeit auf Bundesebene im Kontext Polizei 2020 erforderlich ist. Die Arbeiten zur Neuausrichtung werden im Mai 2019 gestartet.

Die Informationssicherheitsleitlinie (ISLL) für die Landesverwaltung ist im Entwurf fertig gestellt, geht im nächsten Schritt in die Ressortabstimmung auf Arbeitsebene und wird dann dem Kabinett zur Zustimmung vorgelegt.

Der „Informationssicherheitsmanagement-Plan“ konnte aufgrund von Personalabgängen im ZIT SH nicht wie geplant vorangetrieben werden. Nach Wiederbesetzung der Stellen wird die Bearbeitung zügig fortgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Tobias Goldschmidt